

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsübersicht . . . . .	VII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XIX
§ 1 Einleitung . . . . .	1
I. Thema und Zielsetzung . . . . .	1
II. Gang der Untersuchung . . . . .	5
§ 2 Die Entstehungsgeschichte des § 16 Abs. 3 GmbHG . . . . .	7
I. Frühere Überlegungen zum Schutz des Erwerbers von Geschäftsanteilen . . . . .	7
II. Die Einführung eines Gutglaubenstatbestands im Rahmen der GmbH-Reform 2008 . . . . .	9
§ 3 Die Vereinbarkeit von § 16 Abs. 3 GmbHG mit Art. 14 GG . . . . .	13
I. Die verfassungsrechtliche Einordnung von § 16 Abs. 3 GmbHG . . . . .	14
II. Individuelle Rechtfertigung des gutgläubigen Erwerbs – die Gutglaubenstatbestände als gesetzgeberische Auflösung einer Grundrechtskollision? . . . . .	15
1. Schutz des schuldrechtlichen Erfüllungsanspruchs . . . . .	15
2. Schutz des Vermögens des gutgläubigen Erwerbers . . . . .	17
III. Überindividuelle Rechtfertigung des gutgläubigen Erwerbs . . . . .	17
1. Privatrechtsnormen und Allgemeinwohl . . . . .	18
2. Verhältnismäßigkeitsprüfung . . . . .	19
a) Geeignetheit . . . . .	19
b) Erforderlichkeit . . . . .	21
aa) Ansprüche gegen die öffentliche Hand als Alternative zum Rechtsverlust des Berechtigten . . . . .	21
bb) Privatrechtliche Alternativen zum Rechtsverlust des Berechtigten . . . . .	22
c) Angemessenheit . . . . .	23
§ 4 Erwerb durch Rechtsgeschäft . . . . .	25
I. Keine Ersitzung . . . . .	25
II. Erwerb kraft Gesetzes . . . . .	27
1. Erwerb im Wege der Gesamtrechtsnachfolge . . . . .	27
2. Sonstige Fälle des Erwerbs kraft Gesetzes . . . . .	28

## Inhaltsverzeichnis

3. Erwerb im Wege der Zwangsvollstreckung . . . . .	28
a) Erzwingung der Übertragung nach §§ 894, 898 ZPO . . . . .	28
b) Zwangsvollstreckung in den schuldnerfremden GmbH-Anteil . . . . .	28
III. Wirksames Rechtsgeschäft . . . . .	31
<b>§ 5 Eintragung in der Gesellschafterliste . . . . .</b>	<b>32</b>
I. Das Erfordernis der Eintragung des Veräußerers . . . . .	32
1. Die Schwierigkeiten bei der Bestimmung des Normzwecks des Tatbestandsmerkmals und ihre Bedeutung für teleologische Reduktionen . . . . .	32
2. Auswirkungen des Voreintragungserfordernisses bei Erbfällen . . . . .	33
3. Auswirkungen des Voreintragungserfordernisses bei rechtsgeschäftlichem Erwerb . . . . .	33
4. Konsequenzen für den Erwerber . . . . .	34
II. Eintragung in der aktuellen Gesellschafterliste . . . . .	34
III. Korrektes Eintragungsverfahren als Anwendbarkeitsvoraussetzung des § 16 Abs. 3 GmbHG? . . . . .	35
<b>§ 6 Beschränkung auf Verkehrsgeschäfte . . . . .</b>	<b>37</b>
I. Die Notwendigkeit einer teleologischen Reduktion des § 16 Abs. 3 Satz 1 GmbHG . . . . .	38
1. Die Planwidrigkeit der Erfassung der Fälle wirtschaftlicher Identität . . . . .	38
2. Die Zweifel an der Verhältnismäßigkeit einer Erfassung der Fälle wirtschaftlicher Identität . . . . .	39
3. Anwendung aus Gründen des Gläubigerschutzes? . . . . .	40
II. Die Unzulässigkeit einer Ungleichbehandlung von juristischen Personen und teilrechtsfähigen Gesamthandsgemeinschaften . . . . .	41
1. Gesamthandsgemeinschaften mit Rechtssubjektivität . . . . .	42
2. Gesamthandsgemeinschaften ohne Rechtssubjektivität . . . . .	45
<b>§ 7 Fehlende Zurechenbarkeit . . . . .</b>	<b>46</b>
I. Vor Ablauf der Dreijahresfrist . . . . .	46
1. Die Frage des maßgeblichen Zurechnungsprinzips . . . . .	47
a) Das Verschuldensprinzip . . . . .	47
b) Das Veranlassungsprinzip . . . . .	48
aa) Der Begriff der Veranlassung . . . . .	48
bb) Die Bedeutung der Veranlassung als Mindestanforderung an die Zurechenbarkeit . . . . .	49
cc) Die Untauglichkeit des Veranlassungsprinzips als alleiniges Zurechnungskriterium . . . . .	49
c) Das Risikoprinzip . . . . .	50
2. Die Bedeutung des Unterlassens für die Zurechenbarkeit . . . . .	51
3. Die Bedeutung rechtsgeschäftlicher Wertungen . . . . .	52

4. Fallgruppen . . . . .	54
a) Fallgruppe 1: Die Aufnahme einer unrichtigen Gesellschafter-	
liste im Zusammenhang mit einer Anteilsübertragung . . . . .	54
aa) „Objektive“ Wirksamkeitshindernisse . . . . .	55
bb) Wirksamkeitshindernisse in der Person des Erstzessionars . . . . .	55
cc) Geschäftsunfähigkeit . . . . .	55
dd) Beschränkte Geschäftsfähigkeit . . . . .	56
ee) Vertretung ohne Vertretungsmacht . . . . .	57
ff) Arglistige Täuschung . . . . .	57
gg) Widerrechtliche Drohung . . . . .	58
hh) Irrtum . . . . .	59
ii) Wissentliche Schaffung eines Scheintatbestands . . . . .	60
jj) Gesellschafter-Geschäftsführer . . . . .	61
kk) Fehler des Notars bei der Übertragung eines anderen	
Geschäftsanteils des Berechtigten . . . . .	61
b) Fallgruppe 2: Die Veränderung der materiellen Rechtslage	
durch Übertragung des Anteils bei unveränderter Listen-	
eintragung . . . . .	62
aa) Grundsätzliche Zurechenbarkeit der Unrichtigkeit . . . . .	62
bb) Der Ausschluss der Zurechenbarkeit im unmittelbaren	
zeitlichen Anschluss an den Erwerb . . . . .	63
cc) Die Länge der zu Gunsten des Erwerbers wirkenden	
Schonfrist . . . . .	65
dd) Die Anwendung des § 16 Abs. 3 Satz 2 GmbHG	
bei wirksamer Kaduzierung . . . . .	68
c) Fallgruppe 3: Ohne jedes Zutun des Berechtigten entstandene	
Scheintatbestände . . . . .	69
aa) Grundsätzlich fehlende Zurechenbarkeit der Unrichtigkeit . . . . .	69
bb) Unterlassene Berichtigung trotz Kenntnis des Schein-	
tatbestands . . . . .	70
cc) Die Anwendung des § 16 Abs. 3 Satz 2 GmbHG bei Erbfällen . . . . .	72
(1) Grundsätzlich fehlende Zurechenbarkeit bei Eintragung	
eines Scheinerben . . . . .	72
(2) Kenntnis von der Scheinerbfolge . . . . .	74
(3) Die Anwendbarkeit des § 2366 BGB ab dem Zeitpunkt	
der Eintragung des Scheinerben in der Gesellschafter-	
liste . . . . .	74
dd) Die Anwendung des § 16 Abs. 3 Satz 2 GmbHG	
bei unwirksamer Kaduzierung . . . . .	76
II. Nach Ablauf der Dreijahresfrist . . . . .	77
III. Ergebnis . . . . .	81
 § 8 Dreijahresfrist . . . . .	84
I. Gesonderte Beurteilung für jeden einzelnen Geschäftsanteil . . . . .	84
II. Unterschiedliche Fristen hinsichtlich ein- und desselben Anteils . . . . .	84

## Inhaltsverzeichnis

III. Diskrepanz zwischen wahrer und publizierter Rechtslage . . . . .	84
1. Einreichung einer unrichtigen Gesellschafterliste . . . . .	85
2. Veränderung der wahren Rechtslage . . . . .	85
IV. Durchgehende Unrichtigkeit . . . . .	85
V. Gesamter Zeitraum seit erstmaliger Entstehung der unrichtigen Eintragung . . . . .	86
VI. Beginn der Dreijahresfrist beim Erwerb vom Scheinerben . . . . .	87
VII. Beginn der Dreijahresfrist bei Scheinberechtigung des Erblassers .	88
VIII. Zeitpunkt des Erwerbs . . . . .	88
 <b>§ 9 Kenntnis vom Vertrauenstatbestand . . . . .</b>	<b>89</b>
I. Die Rechtslage im Liegenschaftsrecht . . . . .	89
II. Kenntnis vom Vertrauenstatbestand als notwendiges Tatbestands- merkmal aller Vertrauensschutzvorschriften? . . . . .	90
III. Die gesetzgeberische Entscheidung im Rahmen von § 16 Abs. 3 GmbHG . . . . .	91
 <b>§ 10 Maßgebender Zeitpunkt für die Eintragung in der Gesellschafterliste . . . . .</b>	<b>95</b>
I. Veränderung der Gesellschafterliste zu Lasten des Erwerbers . . .	95
II. Veränderung der Gesellschafterliste zu Gunsten des Erwerbers . .	97
 <b>§ 11 Belastungen des Geschäftsanteils . . . . .</b>	<b>100</b>
I. Gutgläubiger Erwerb eines Rechts am Geschäftsanteil . . . . .	100
II. Aufhebung oder Inhaltsänderung eines Rechts am Geschäftsanteil	101
III. Pfandverwertung bei gutgläubig erworbenem Pfandrecht . . . . .	102
IV. Kein lastenfreier Erwerb . . . . .	103
1. Die fehlende Eintragungsfähigkeit von beschränkten dinglichen Rechten . . . . .	104
a) Eintragungsfähigkeit als Entsprechung zur Anmeldungs- fähigkeit nach § 16 Abs. 1 GmbHG a.F.? . . . . .	104
aa) Die gegen die Eintragungsfähigkeit von Belastungen sprechenden Gründe . . . . .	105
bb) Die analoge Anwendung der §§ 413, 409, 407 BGB auf Nießbrauchbestellungen und Verpfändungen . . . . .	107
b) Anspruch auf Eintragung aus § 1004 Abs. 1 BGB? . . . . .	109
2. Keine Möglichkeit der Offenlegung durch Widerspruch . . . . .	109
3. Folgerungen für den gutgläubig-lastenfreien Erwerb von Geschäftsanteilen . . . . .	110
V. Kein Hinwegerwerb von Einlagepflichten . . . . .	110
VI. Kein gutgläubig-endgültiger Erwerb nach § 161 Abs. 3 BGB . . . . .	111
1. Die fehlende Möglichkeit der Offenlegung schwebender Bedingungen . . . . .	112
2. Die Nähe des gutgläubig-endgültigen Erwerbs zum gutgläubig- lastenfreien Erwerb . . . . .	114

<b>§ 12 Verfügungsbeschränkungen</b>	117
I. Insolvenz des Anteilsinhabers, § 80 Abs. 1 InsO	117
1. Verfügungen des Schuldners	117
2. Verfügungen des Erwerbers	120
a) Die grundsätzliche Anwendbarkeit von § 16 Abs. 3 GmbHG	120
b) Die modifizierte Anwendung des § 16 Abs. 3 Satz 2 GmbHG	120
II. Testamentsvollstreckung, § 2211 Abs. 1 BGB	122
III. Nacherbschaft, § 2113 BGB	124
1. Entgeltliche Verfügungen	124
2. Unentgeltliche Verfügungen	124
<b>§ 13 Widerspruch</b>	126
I. Voraussetzungen der Zuordnung eines Widerspruchs	126
1. Zuordnung auf Grund einer Bewilligung	126
2. Zuordnung auf Grund einer einstweiligen Verfügung	127
a) Widerspruch eines anderen Anteilsprätendenten	127
aa) Anspruch auf richtige Eintragung der eigenen Beteiligung?	129
bb) Der zu sichernde Anspruch	131
cc) Richtiger Antragsgegner und richtige Hauptsacheklage	134
b) Widerspruch durch andere Personen, insbesondere durch Mitgesellschafter	135
aa) Widerspruch durch Mitgesellschafter bei freier Übertragbarkeit der Geschäftsanteile	136
(1) Gegen den eingetragenen Prätendenten gerichtete Hauptsacheklage	136
(2) Gegen die Gesellschaft gerichtete Hauptsacheklage	137
bb) Widerspruch durch Mitgesellschafter bei fehlerhafter Teilung eines Geschäftsanteils	138
cc) Widerspruch durch Mitgesellschafter bei Vinkulierung der Geschäftsanteile	140
dd) Widerspruch durch Geschäftsführer	141
c) Vollziehung der einstweiligen Verfügung	144
3. Widerspruch zur Offenlegung beschränkter dinglicher Rechte oder schwebender Bedingungen?	145
II. Wirkungen der Zuordnung eines Widerspruchs	146
1. Ausschluss der Gutglaubenswirkung	146
2. Wirkungslosigkeit unbegründeter Widersprüche	147
3. Maßgebender Zeitpunkt für die Zuordnung eines Widerspruchs	148
<b>§ 14 Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis der mangelnden Berechtigung</b>	150
I. Nachforschungsobliegenheiten	150
1. Keine allgemeinen Nachforschungsobliegenheiten	151
a) Obliegenheit zur Überprüfung der Wirksamkeit früherer Anteilsübertragungen?	151

## Inhaltsverzeichnis

b) Obliegenheit zur Einsichtnahme in die Gesellschafterliste? . . .	151
2. Voraussetzungen konkreter Nachforschungsobliegenheiten . . .	153
II. Maßgebliche Personen . . . . .	153
III. Maßgebender Zeitpunkt für die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis . . . . .	154
<b>§ 15 Gutgläubiger Erwerb von Bruchteilen an Geschäftsanteilen . . . .</b>	<b>157</b>
I. Bei fehlender Angabe der Beteiligungsquoten in der Gesellschafter- liste . . . . .	157
1. Der Vergleich mit der Rechtslage bei der Übertragung von Miteigentumsanteilen an beweglichen Sachen . . . . .	158
2. Die fortbestehende Eintragung des wahren Berechtigten als entscheidendes Differenzierungskriterium . . . . .	159
II. Bei Angabe der Beteiligungsquoten in der Gesellschafterliste . . . .	160
<b>§ 16 Gutgläubiger Erwerb bei Verstößen gegen den sachenrechtlichen   Bestimmtheitsgrundsatz . . . . .</b>	<b>162</b>
<b>§ 17 Gutgläubiger Erwerb inexistenter Geschäftsanteile? . . . . .</b>	<b>165</b>
I. Die Inexistenz von in der Gesellschafterliste aufgeführten Geschäfts- anteilen . . . . .	165
1. Aus fehlerhaften Gründungen hervorgegangene Geschäfts- anteile . . . . .	166
a) Fehlerhafter Gesellschaftsvertrag . . . . .	166
b) Fehlerhafte Beitrittserklärung . . . . .	167
c) Exkurs: Die Unwirksamkeit der Beitrittserklärungen aller Gesellschafter . . . . .	169
2. Aus fehlerhaften Kapitalerhöhungen hervorgegangene Geschäfts- anteile . . . . .	171
a) Fehlerhafter Kapitalerhebungsbeschluss . . . . .	171
b) Fehlerhafter Übernahmevertrag . . . . .	172
II. Entstehung von Geschäftsanteilen kraft gutgläubigen Erwerbs? Die Anwendung des § 16 Abs. 3 GmbHG in den Fällen der Inexistenz eines Geschäftsanteils . . . . .	172
1. Die Regelungsabsicht der Gesetzesverfasser . . . . .	172
2. Der Vergleich mit der Rechtslage im Aktienrecht . . . . .	173
3. Unterschiedliche Ausgangslage im GmbH-Recht und im Aktien- recht . . . . .	178
a) Zurechenbarkeit . . . . .	178
b) Scheintatbestand . . . . .	178
4. Der Zusammenhang zwischen der Stammkapitalziffer und der Summe der Nennwerte aller Geschäftsanteile . . . . .	180
5. Der schuldrechtliche Ausgleich . . . . .	182
6. Die Systemwidrigkeit der Entstehung neuer Mitgliedschaften kraft gutgläubigen Erwerbs . . . . .	183

a) Die geringen Vorteile eines gutgläubigen Erwerbs inexistenter Anteile . . . . .	183
b) Die Unvereinbarkeit mit dem gesetzlichen System der Entstehung von Mitgliedschaften . . . . .	184
III. Ergebnis . . . . .	185
<b>§ 18 Gutgläubiger Erwerb nicht-so-existenter Geschäftsanteile . . . . .</b>	<b>186</b>
I. Fehlerhaft geteilte Geschäftsanteile . . . . .	186
1. Die Teilung von Geschäftsanteilen nach neuem Recht . . . . .	186
a) Vorratsteilung . . . . .	188
b) Teilübertragung . . . . .	191
2. Fehlerhafte Vorratsteilung . . . . .	192
a) Die Abspaltung eines Teilgeschäftsanteils im Wege gutgläubigen Erwerbs . . . . .	192
b) Die Anwendung des § 16 Abs. 3 Satz 2 GmbHG in den Fällen fehlerhafter Teilung . . . . .	196
3. Fehlerhafte Teilübertragung . . . . .	199
4. Abtretungen im Anschluss an eine fehlerhafte Teilübertragung . . . . .	199
a) Verfügungen des Zessionars über den vermeintlich erworbenen Teilgeschäftsanteil . . . . .	201
aa) Unwirksamkeit lediglich der Abtretung, nicht aber der Teilung . . . . .	201
bb) Unwirksamkeit der Teilung, kein gutgläubiger Erwerb bei der Erstzession . . . . .	201
b) Verfügungen des Zedenten über den Restgeschäftsanteil . . . . .	202
aa) Unwirksamkeit lediglich der Abtretung, nicht aber der Teilung . . . . .	202
bb) Unwirksamkeit der Teilung, kein gutgläubiger Erwerb bei der Erstzession . . . . .	203
5. Teilübertragung nach unwirksamem Erwerb eines ganzen Geschäftsanteils . . . . .	204
II. Fehlerhaft zusammengelegte Geschäftsanteile . . . . .	205
1. Die Zusammenlegung von Geschäftsanteilen nach neuem Recht . . . . .	206
2. Unwirksame Zusammenlegung trotz materieller Berechtigung an sämtlichen Anteilen . . . . .	207
a) Übertragung des gesamten, vermeintlich zusammengelegten Geschäftsanteils . . . . .	207
b) Übertragung eines Teils des vermeintlich zusammengelegten Geschäftsanteils . . . . .	208
3. Unwirksame Zusammenlegung wegen fehlender Berechtigung an einem der Anteile . . . . .	208
a) Übertragung des gesamten, vermeintlich zusammengelegten Geschäftsanteils . . . . .	208
b) Übertragung eines Teils des vermeintlich zusammengelegten Geschäftsanteils . . . . .	209

## Inhaltsverzeichnis

<b>§ 19 Gutgläubiger Erwerb und Vinkulierung</b>	211
I. Kein Schutz des guten Glaubens an die freie Übertragbarkeit der Anteile	211
II. Gutgläubiger Erwerb bei Folgezessionen	212
1. Verstöße gegen die Vinkulierungsklausel bei vorangegangenen Abtretungen	212
2. Die Anwendung des § 16 Abs. 3 Satz 2 GmbHG bei Verstößen gegen die Vinkulierungsklausel	212
<b>§ 20 Gutgläubiger Erwerb und Auslandsbeurkundung</b>	214
I. Die im Ausland erfolgende Übertragung von deutschen GmbH-Anteilen	214
II. Die Einreichung der aktualisierten Gesellschafterliste nach einer wirksamen Übertragung im Ausland	215
1. Einreichungspflicht des ausländischen Notars?	216
2. Einreichungsfähigkeit des ausländischen Notars	216
3. Reservezuständigkeit des Geschäftsführers	216
III. Die Auswirkungen der Auslandsbeurkundung auf die Möglichkeit des gutgläubigen Erwerbs	217
1. Auslandsbeurkundung des Übertragungsgeschäfts zwischen nichtberechtigtem Veräußerer und gutgläubigem Erwerber	217
2. Auslandsbeurkundung des Übertragungsgeschäfts zwischen nichtberechtigtem Veräußerer und seinem Rechtsvorgänger	218
3. Ergebnis	220
<b>§ 21 Die Übergangsregelung in § 3 Abs. 3 EGGmbHG</b>	221
1. Gesonderte Beurteilung für jeden einzelnen Geschäftsanteil	221
2. Das Erfordernis einer Altunrichtigkeit	221
3. Der maßgebende Zeitpunkt für die Zurechenbarkeit	222
<b>§ 22 Zusammenfassung</b>	223
Literaturverzeichnis	231
Sachregister	243